

KLIMA SCHÜTZEN,
STRASSEN AUSBAU
STOPPEN!

2x NEIN
AM 12. MÄRZ
WWW.MEGA STRASSEN-NEIN.CH



Unsere Nationalrätinnen
Aline Trede und Natalie Imboden
sind startklar für die nächste
Legislatur.

STAND ●
Sabine Baumgartner und
Markus Heinzer
● Aus «gb.links» wird
«grün.» wird «grünlinks»

MITTEL ●
Aline Trede und
Natalie Imboden
● «Mehr Grüne im
Bundeshaus und auf
der Strasse»

SICHT ●
Vanessa Salamanca
● «Unsere Vision
nicht aus den Augen
verlieren!»

Aus «gb.links» wird «grün.» wird «grünlinks»

Jetzt geht das «grün.» online und heisst neu «grünlinks». Damit geht eine Ära zu Ende und eine neue beginnt. Sabine Baumgartner blickt zurück. Markus Heinzer skizziert die Zukunft.



Das «grün.» über die Jahre

Das «grün.» war gleich nach meinem Start beim GB mein erstes Baby. Im August 2010 war es klar: Aus «gb.links» wird «grün.». Weder die Printprodukte der kantonalen noch der nationalen Grünen durften damit inhaltlich konkurrenziert werden. Unser Logo musste prominent platziert werden, die Farben Grün und Rot grafisch die Wassermelonen verkörpern.

Im Oktober lag das erste «grün.» in 10'000 Berner Briefkästen. Mit dieser Alternative wollten wir gegen die Ausdünnung auf den Stadtberner Redaktionen antreten – was heute fast prophetisch wirkt. Prominent

behandelt wurde der 5:0-Abstimmungssieg zur Reitschule. Unter dem Titel «Weniger shoppen, mehr Klavier spielen?» rief die Décroissance-Bewegung zum Verzicht auf, lange bevor uns Corona das Runterfahren lehrte. Damalige Gleichstellungsforderungen tönen wie Evergreens in unseren heutigen Ohren.

Gegenüber dem «gb.links» wurde die Auflage massiv erhöht. Denn: Was heute viral geht, wurde früher händisch in Briefkästen gesteckt – zusätzlich zum Postversand. Doch vorher galt es, Themen zu setzen, Texte zu schreiben, Fotos zu schiessen, die Zusammenarbeit zu koordinieren. In der Druckerei hiess es «Rien ne va plus», jeder Punkt musste am richtigen Ort sitzen. Die Etiketten klebten wir bei Hans Niklaus zuhause einzeln auf jedes «grün.». Bei deren Druck habe ich immer Blut geschwitzt im alten Seki an der Neubrücke, wo das steinzeitliche Gerät kurz vor Erscheinungsdatum drohte, den Geist aufzugeben. Diese Ausgabe ist die 50. und damit die letzte. So long!

Sabine Baumgartner, GB-Geschäftsführerin 2010-2013

Das «grün.» ist Geschichte – das neue GB-Magazin heisst «grünlinks»! Wir freuen uns sehr, bald die «grünlinks»-Website zu launchen. Alle Artikel zu Aktuellem und zu Hintergrundthemen erscheinen in Zukunft dort online first. Vor Abstimmungen und Wahlen erhalten die fast 2'000 GB-Sympathisant*innen weiterhin ein simples Printprodukt mit Hinweisen auf lesenswerte Artikel. Auch auf Social Media und im Newsletter werden die neuesten Artikel verlinkt. Damit wird unser Magazin niederschwelliger und zukunftstauglich. Stay tuned!

Markus Heinzer, Redaktion grün. und grünlinks

Abstimmungen vom 12. März

Stadt

- JA zu den Viererfeld/Mittelfeld-Verschuldungskrediten
- JA zur Sanierung des Freibads Wyler
- JA zur Gesamtanierung der Nydeggbücke

Kantonal

- 2x NEIN zum Strassenausbau im Oberaargau und Emmental (Baukredite zur Verkehrssanierung)

- JA zur Änderung der Kantonsverfassung (Stellung und Kompetenzen Justizbehörden)
- JA zur Änderung der Kantonsverfassung (Unvereinbarkeitsregel Mitglieder Grosser Rat)

National

- Keine Abstimmungen

JA zum neuen Stadtquartier im Vierer- und Mittelfeld



«Zentral gelegener, ökologischer und bezahlbarer Wohnraum soll allen Berner*innen zur Verfügung stehen. Das GB bedauert, dass profitorientierte Investoren auf städtischem Boden bauen dürfen. Ein JA zum neuen Stadtquartier im Viererfeld und damit ein JA zu gemeinnützigem und preisgünstigem Wohnungsbau auf mindestens 50% der Fläche ist für das GB trotzdem eine klare Sache.»

Endlich ist es so weit: Das neue Stadtquartier im Viererfeld geht in die nächste Etappe. Für Bern ist es ein wichtiges Projekt, sowohl aus wohnbaupolitischer als auch aus klimapolitischer Perspektive. Der Stadtrat hat der Vorlage deshalb auch mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Im Vierer- und Mittelfeld kann die Stadt dringend benötigten Wohnraum schaffen. Im Juni 2022 lag die Leerwohnungsziffer in der Stadt Bern bei 0.57%. Das gilt offiziell als «Wohnungsnot». Besonders rar sind bezahlbare Wohnungen. Hier ist das Ziel von 1000 preisgünstigen Wohnungen noch lange nicht erreicht. Deshalb sollen 50% der Fläche im Viererfeld und mindestens 50% im Mittelfeld an gemeinnützige Bauträger vergeben, sowie mindestens 100 günstige Wohnungen gebaut werden. Das GB hätte diese Zahlen gerne erhöht – leider ohne Erfolg.

Mit dem Projekt Viererfeld können wir aber nicht nur Wohnraum schaffen, sondern auch einen Beitrag zur Energie- und Klimastrategie der Stadt Bern leisten.

Auch da gibt es dringenden Handlungsbedarf. So soll das neue Quartier ans Fernwärmenetz angeschlossen und die Dächer mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Es kann verdichtet und nach ökologischen Standards gebaut und über kürzere Wege und kleinere Kreisläufe eine nachhaltige Mobilität gefördert werden.

Damit diese Vision Realität wird, braucht es am 12. März 2023 ein JA. Zur Abstimmung stehen Verpflichtungskredite über knapp 145 Mio. CHF für Projektierung, Erschliessung, Grünräume, Siedlungsentwässerung, Entsorgung und Recycling sowie die Abgeltung des Planungsmehrwerts. Aus Sicht des GB ist das sinnvoll investiertes Geld in eine soziale und ökologische Wohnbaupolitik in der Stadt Bern.

Anna Leissing, Stadträtin GB



«Der Verkehrssektor ist mit 32% Treibhausgas-Emissionen der Schweizer Klima-Killer Nr. 1. Gleichzeitig ist er der einzige Sektor, bei dem die Emissionen im Vergleich zu 1990 zunehmen. In Zeiten der Klimakrise ist jegliche Verkehrszunahme, welche unweigerlich auf Kapazitätsausbau folgt, unverantwortlich! Wir brauchen einen Strassenrückbau statt einen Strassenausbau!»

Klima schützen – Strassenausbau stoppen!

Der Strassenbau hat keine Zukunft! Wer heute noch Strassen sät, erntet nicht nur mehr Verkehr, sondern trägt bewusst zur Klimakatastrophe bei. Darum gibt es nur eine logische Konsequenz: 2x NEIN zum Strassenausbau im Emmental und Oberaargau am 12. März 2023.

Was gemäss aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen eine Selbstverständlichkeit sein sollte, scheint in der Schweiz noch eine weit entfernte Utopie: Strassenrückbau statt Strassenausbau sollte die Devise sein. Stattdessen rasen wir auf der Schnellspur Richtung Kapazitätsausbau, als ob es keine Zukunft gäbe, für die es sich zu kämpfen lohnt. Egal wo wir hinschauen – es wird ausgebaut: National sollen fünf Autobahnprojekte im Wert von 4.3 Milliarden Franken realisiert werden, kantonal stimmen wir nun über zwei Strassenausbauprojekte in Burgdorf und Aarwangen im Wert von 618 Millionen Franken ab. Und in der Stadt möchte sogar unser linker Gemeinderat das Projekt Wankdorfanschluss im Wert von

250 Millionen Franken partout nicht begraben. Investitionen in den Klimaschutz? Fehlanzeige. Man hört auch kein Wort dazu, dass die kantonalen Abstimmungsvorlagen die Biodiversität weiter gefährden, ein Risiko für das Grundwasser darstellen und dauerhaft 13,6 Hektaren wertvolles Kulturland für die Landwirtschaft zerstören.

Es ist ernüchternd, denn in allen Entscheidungsgremien sitzt jahrzehntelange Verkehrsexpertise. Und die einzige Antwort, die wir 2023 haben, heisst Kapazitätsausbau? Das kann es nicht sein und dagegen müssen wir uns wehren! Das sehen auch die 23'357 Stimmbürger*innen so, die das Doppel-Referendum gegen den Strassenausbau unterschrieben haben. Dank des bereits sichtbaren Widerstands können wir nun am 12. März das Projekt an der Urne bodigen und ein deutliches Zeichen für den Ausbau des Klimaschutzes statt der Strassen setzen.

Jelena Filipovic, Geschäftsführerin und Stadträtin GB

Mehr Grüne im Bundeshaus und auf der Strasse!

Highlights aus Sicht der Grünen

Rückblick 2022:

- Pflegeinitiative I: Umsetzung für die Ausbildung angenommen, Umsetzung II zu den Arbeitsbedingungen noch in Arbeit
- Ehe für alle: Gleichgeschlechtliche Paare können ab dem 1. Juli 2022 heiraten.
- Solar-Offensive: Solardachpflicht für Dächer über 100m² und bei allen Infrastrukturbauten des Bundes

Ausblick 2023:

- Klimaschutzgesetz (indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative): Verankerung der Klimaziele und Fördergelder für Heizungsersatz und Investitionen
- Beschluss neues CO₂-Gesetz
- Beschluss über neues Gesetz zur Kreislaufwirtschaft: Anforderungen an Lebensdauer und Reparierbarkeit von Produkten. Ressourcenschonendes Bauen. Enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft
- Lancierung der Initiative für ein modernes Bürger*innenrecht (Vierviertel): Menschen erhalten nach fünf Jahren Aufenthalt ein Recht auf einen CH-Pass
- Beschluss über Gesetz zur familienergänzenden Kinderbetreuung: Bisherige Anstossfinanzierung des Bundes wird definitiv verankert. Eltern sollen entlastet (710 Mio./Jahr) und Kantone bei der frühen Förderung (60 Mio./Jahr) unterstützt werden.
- Einreichen der Klimafonds-Initiative
- Referendum gegen die Tonnage-Tax
- Referendum gegen den Autobahn-Ausbau ermöglichen

Aline Trede und Natalie Imboden sind äusserst motiviert, das GB und den Kanton Bern weiterhin im Nationalrat zu vertreten. Wir haben mit ihnen über Highlights und Tiefpunkte und über Freude und Leid in der nationalen Politik gesprochen.

grün.: Was können die Grünen in der Opposition überhaupt bewirken?

- **Aline Trede:** Wir schauen hin und zeigen auf, wie wir die Welt ökologischer und sozialer machen können. Wir sind immer einen Schritt voraus. Wir nehmen Einfluss darauf, was im Parlament diskutiert wird, und treiben die Diskussion an. Und wir können mit der Mitte zusammen Mehrheiten schaffen für Schritte in die richtige Richtung. So können wir erstaunlich viel bewirken. Aber es ist auch anstrengend. Manchmal habe ich das Gefühl, gegen Wände zu rennen.
- **Natalie Imboden:** Wir setzen frühzeitig Themen, die in der Zukunft umgesetzt werden. Viele Impulse der Grünen finden jetzt Mehrheiten: Kreislaufwirtschaft, Ausbau der erneuerbaren Energien, Ehe für alle und hoffentlich bald Stimmrechtsalter 16. Nun dürfen wir uns aber nicht darauf ausruhen, sondern müssen rasch die nächsten Ideen einbringen wie die Elternzeit.

grün.: Auf was seid ihr im Rückblick stolz?

- **Natalie Imboden:** Mein Vorstoss zur Anerkennung des Völkermords in der Ukraine in den 1930er Jahren (Holodomor) hat viel Echo erhalten und wurde von Mitgliedern unterschiedlicher Parteien unterzeichnet.
- **Aline Trede:** Das Wachstum unserer Fraktion von 12 auf 35 Mitglieder war ein enormer Umbruch. Bei der ersten Sitzung konnten wir das Sitzungszimmer der FDP benutzen, wir hätten sonst gar nicht Platz gehabt. Ich habe viel investiert in die Gruppendynamik und die damals Neuen unterstützt. Heute sind wir wohl die tollste Fraktion. Es ist enorm viel Wissen vorhanden, das wir noch besser für die nationale Politik nutzen wollen.

grün.: Was hat euch berührt?

- **Natalie Imboden:** Als Nationalrätin hatte ich mehrmals Gelegenheit, an Treffen mit ukrainischen Frauen teilzunehmen, jüngst mit der Friedensnobelpreisträgerin Oleksandra Matviichuk. Dieser direkte Austausch berührte mich sehr. Ich spürte ihre grossen Erwartungen an uns, aber auch ihre Entschlossenheit.



Natalie Imboden und Aline Trede auf der kleinen Schanze unweit des Bundeshauses

Während sie von der Schweiz Stromtransformatoren und wirtschaftliche Unterstützung forderten, diskutierten wir im Rat drei Stunden über den Wolf...

- **Aline Trede:** Mich berührte das Gespräch mit jungen Iranerinnen. Wie unerschrocken sie seit Jahren weiterkämpfen. Ihre Stärke hat mich beeindruckt. Und auch der Abschied von Daniel Brélaz, dem ersten grünen Parlamentsabgeordneten in Europa. Er hat sein Leben für den Planeten und die grüne Politik eingesetzt.

grün.: Was hat euch genervt?

- **Aline Trede:** Die Diskussion in den Medien über die Bundesratswahlen. Sie drucken heute fast nur noch Aussagen ab. Was braucht es, damit sie wieder selbst recherchieren, Aussagen einordnen und einen

kritischen Aussenblick vertreten? Und ganz schwach fand ich, dass die Bürgerlichen den Ukrainekrieg ausgenutzt haben, um der Schweizer Armee viel zu viel Geld zuzuschancen. Obwohl das VBS klar sagte, dass sich die Sicherheitslage nicht geändert hat. Aber für den Klimaschutz wollen sie kein Geld sprechen.

- **Natalie Imboden:** Die bürgerliche Mehrheit hat ganz knapp verhindert, dass die Kantone in Zukunft selbst Mindestlöhne festlegen können. Plötzlich war ihnen der Föderalismus nicht mehr wichtig, er ist für sie offensichtlich nur relevant, wenn er in ihr Powerplay passt. Dabei sind Mindestlöhne eine wichtige soziale Sicherung für Menschen in Tieflohnjobs, besonders für Frauen.

grün.: Was stresst euch beim Ausblick auf das kommende Jahr?

- **Natalie Imboden:** In der Frühlingssession besteht die Gefahr, dass der Mieter*innenschutz abgebaut wird. Das ist schlimm, weil Mieten und Nebenkosten massiv gestiegen sind. Im Parlament haben Hauseigentümer und Immobilienbesitzer offenbar eine grosse Mehrheit. Wir Mieter*innen, die Mehrheit in der Bevölkerung, werden wohl das Referendum ergreifen müssen.

- **Aline Trede:** Stressig ist, dass wir im Parlament den Druck auf Klimathemen hochhalten und der Bevölkerung deren Dringlichkeit aufzeigen müssen. Während viele wieder Themen der Bürgerlichen nachrennen. Dabei ist bei den Menschen das Klima immer noch Sorge Nummer eins.

grün.: Auf was freut ihr euch?

- **Aline Trede:** Ich glaube, wir schaffen es dieses Jahr mit einer tollen Liste mit vielen jungen Menschen und versierten Lokalpolitiker*innen eine positive Wahlkampagne zu machen. Im Parlament freue ich mich, wenn die Vorlage zur Kreislaufwirtschaft durchkommt, die von uns angestossen wurde. Die Chancen stehen gut. Mit der Vierviertel-Initiative (Recht auf Einbürgerung) steht endlich wieder etwas Proaktives auf der Agenda.

- **Natalie Imboden:** Ich freue mich auf den Wahlkampf mit allen Grünen. Nur wenn wir uns alle bewegen, können wir stärker werden. Ich freue mich darauf, im Wahlkampf mit den Menschen zu diskutieren, statt nur im Parlamentsaal zu sitzen. Der Bund wird wahrscheinlich mehr Verantwortung für die Kinderbetreuung übernehmen. Auch beim neuen CO₂-Gesetz wird es spannend. Schaffen wir es, das Gesetz griffiger und verständlicher zu machen als letztes Mal?

Interview: Markus Heinzer, Redaktion grün.

AKTIONEN

Wir brauchen deine Unterstützung! Damit wir die unverantwortlichen Strassenausbauprojekte in



Burgdorf und Aarwangen stoppen können, müssen wir auch die Stadtberner*innen an die Urne mobilisieren. Hilfst du mit bei der Post-It-Aktion? Dann melde dich jetzt über den QR-Code oder unter info@gbbn.ch an.

Notstand in der psychiatrischen Versorgung?

Es vergeht kaum eine Woche, in der die Medien nicht über Lücken, Unterversorgung, Aufnahmestopps und den Fachkräftemangel in der psychiatrischen Versorgung berichten. Für die AG Sozialpolitik des GB war dies Anlass genug, um zusammen mit städtischen und kantonalen Akteur*innen Lösungsansätze zu diskutieren.

Die Veranstaltung war für einen Montagabend aussergewöhnlich gut besucht. Mehr als 50 Personen kamen in der Stube des PROGR zusammen, um den Notstand in der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen zu analysieren und zu diskutieren.



Ulrich Böhnke von der UPD beim Input

Ulrich Böhnke von den Universitären Psychiatrischen Diensten Bern stellte in einem ersten Teil das Projekt «AT_HOME» vor, bei dem die psychiatrische Klinik zu den Kindern und Jugendlichen nach Hause geht. Dieses ambulante Angebot ist nun zwei Jahre lang getestet worden. Erste Erkenntnisse zeigen ein positives Bild, sowohl bei der Behandlung als auch bei der Zufriedenheit der Kinder und Jugendlichen und ihren Familien.

Unklar bleibt aber, inwiefern dieses Angebot eine Antwort auf den Versorgungsnotstand darstellt. Die ambulante Behandlung lindert zwar den Platzmangel in der stationären Versorgung, kann jedoch Notfallinterventionen nicht ersetzen und deckt auch die Nachbehandlung nicht ab.

Gerade diese beiden letzten Punkte wurden in der anschliessenden Diskussion mit Vertreter*innen der mobilen Interventionsgruppe Pinto, der Jugendschlafstelle Pluto, der Kindernotaufnahme Kinosch, der städtischen Schulsozialarbeit und des städtischen Gesundheitsdienstes ausführlich diskutiert. Die einhellige Meinung aller war, dass es nicht nur mehr Ressourcen braucht, sondern dass auch die Vernetzung untereinander und die Zusammenarbeit in interdisziplinären Teams gestärkt sowie das Augenmerk auf die Bezugspersonen der Kinder und Jugendlichen gelegt werden müsse, um Früherkennung zu ermöglichen.

Es bleibt also für das GB auf städtischer, kantonal- und nationaler Ebene viel zu tun, damit sich die Versorgungssituation verbessert.

Stefan Dietiker, Redaktion grün.

Aus dem Stadtrat: Halbzeit

● In der ersten Legislaturhälfte haben wir fünf Schulhäuser neu gebaut und Airbnbs in der Innenstadt verboten. Wir haben einen Kredit für günstigen Wohnraum und eine Beratungsstelle Wohnen geschaffen. Wir haben den Ausbau von Solaranlagen auf Stadtberner Dächern angestossen und ein ambitionierteres Klimareglement gefordert. Wir haben ein Demoreglement ohne Kostenüberwälzung verabschiedet und einen Pilotversuch für ein bedingungsloses Grundeinkommen verlangt. Wir haben Massnahmen gegen sexualisierte Gewalt und zum Abbau von Hürden für nonbinäre Menschen gefordert.

In der zweiten Legislaturhälfte werden wir weiterhin für das Ende der schädlichen Sparpolitik plädieren. Wir wollen mehr Bewegung in die Bekämpfung der Klimakrise bringen mit Klimaanpassungsmassnahmen, ökologisch nachhaltigen Gebäudesanierungen und Förderung der Biodiversität. Sozialpolitisch beschäftigen uns die Teuerung, steigende Strom- und Heizkosten, hohe Mietzinse und Krankenkassenprämien. Es braucht einen grossen Effort, um Menschen, die von Armut betroffen oder bedroht sind, zu schützen. Franziska Geiser und Lea Bill, Co-Fraktionspräsidium GB/JA!

Unsere Vision nicht aus den Augen verlieren!

Anfang des Jahres ist es im Stadtrat zu einer Veränderung gekommen: Für die Alt-Stadtratspräsidentin Regula Bühlmann rutscht mit Vanessa Salamanca eine Person mit einem guten Gespür für soziale Unterschiede in die Fraktion nach.

grün.: Vanessa, wenn dieses grün. verschickt wird, hast du deine Premiere bereits hinter dir. Mit welchen Gefühlen schaust du dem Antritt im Stadtrat entgegen?

● **Vanessa Salamanca:** Ja, es ist alles ganz schnell gegangen. Bereits in der zweiten Januarwoche fand meine erste Sitzung statt.



Vanessa Salamanca, Stadträtin GB

Zunächst ist da eine grosse Vorfreude – bei politischen Themen, die mir wichtig sind, mitdiskutieren und mitentscheiden zu können, ist ein grosses Privileg. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit in der Fraktion.

Wie schätzt du die Situation im linken städtischen Parlament der Schweiz ein?

● Ich war eine Zeitlang im Sekretariat der Jungen Grünen angestellt, dort konnte ich beobachten, wie ein Parlamentsbetrieb funktioniert. Bern hat nicht nur eine linke Mehrheit, im Stadtrat gibt es ganz viele tolle Leute, von denen ich mit einigen schon gut vernetzt bin.

Ich bin aber auch gespannt auf den Austausch mit Stadträt*innen, die andere politische Haltungen vertreten. Auch wenn ich mir vorstellen kann, dass sich Gespräche mit ihnen ein wenig frustrierend anfühlen können, ist es mir doch wichtig, mich nicht nur in der eigenen «Bubble» zu bewegen, sondern herauszufinden, wie Andersdenkende ticken.

Wie ist dein Interesse an politischen Themen entstanden?

● Meine Mutter war im konsularischen Dienst tätig, mein Vater ist Kolumbianer – ich bin in kulturell sehr vielfältigen Umgebungen aufgewachsen. Politische und auch grüne Themen waren an unserem Küchentisch präsent.

Prägend war für mich die Zeit in Südafrika, wo ich als Jugendliche gelebt und dann mein Studium absolviert habe. Zehn Jahre nach Ende der Apartheid waren soziale Unterschiede und die daraus resultierenden Spannungen greifbar – deutlicher als hier in der Schweiz. Meine Eltern lebten dort in einem verhältnismässig homogenen Umfeld; meine Schwester und ich haben diese Vielfalt konkreter miterlebt.

In Südafrika konnte ich politisch nicht mitbestimmen. Es gab zu dieser Zeit teilweise brutale Gewalt gegen Migrant*innen aus anderen Ländern. Das hat mich beschäftigt, aber als Person, die als weiss wahrgenommen wurde, und im Kontext der südafrikanischen Geschichte von Rassentrennung und Diskriminierung war es schwierig, mich politisch zu äussern. Als ich in die Schweiz gekommen bin, war es für mich vom ersten Moment an klar, dass ich mich politisch engagiere – jetzt kann ich ja!

Jetzt hast du im Stadtrat definitiv eine Stimme. Weisst du schon, bei welchen Themen du sie erheben willst?

● Ja, und ich sehe sehr deutlich, wie privilegiert ich damit bin! Gleichstellung, Integration, Asyl und Migration, aber auch Nachhaltigkeit sind Themen, bei denen ich meine Kompetenzen einbringen kann. Ich werde aber sicher ein paar Wochen brauchen, um zu sehen, wo es auf der städtischen Ebene Ansatzpunkte gibt. Es ist natürlich toll, eine linke Mehrheit zu haben – aber wir sollten trotzdem mutig bleiben und unsere Vision nicht aus den Augen verlieren!

Interview: Andi Geu, Redaktion grün.

Sei dabei!

● Save the Date

Hier findest du die Daten für unsere nächsten Mitgliederversammlungen, jeweils 18.30 Uhr:

2. Mai 2023

28. August 2023

19. September 2023

8. November 2023

Mehr Informationen zu den jeweiligen Mitglieder-
 versammlungen erhältst du über den GB-Mail-
 verteiler und per Post. Du bist noch nicht Mitglied?
 Höchste Zeit, das zu ändern! Jetzt über
 www.gbbern.ch Mitglied werden.

● Informiert bleiben und aktiv werden:

Folge uns auf Social Media

Twitter: @GruenesBuendnis

Facebook: @GruenesBuendnisBern

Instagram: @gb.bern

Mach mit!

Werde aktiv und bringe deine Fragen und Ideen ein!
 Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat
 freuen sich über deine Kontaktaufnahme.

● AG Sozialpolitik

Kontakt: info.sozialpolitik@gbbern.ch

● AG Frauenpolitik

Kontakt: info.frauenpolitik@gbbern.ch

● AG Internationales und Migration

Kontakt: info.internationales@gbbern.ch

● AG Bildung

Kontakt: info.bildung@gbbern.ch

● AG Kommunikation

Kontakt: info.kommunikation@gbbern.ch

● AG macht

Kontakt: info.macht@gbbern.ch

● AG Ökologie

Kontakt: info.oekologie@gbbern.ch

● AG Wohnen

Kontakt: info.wohnen@gbbern.ch

● AG Finanzen

Kontakt: info.finanzen@gbbern.ch

Kontakt Sekretariat

Geschäftsführerin: Jelena Filipovic
 Grünes Bündnis Stadt Bern
 Breitenrainstrasse 59, 3013 Bern,
 Postfach 2440, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
 info@gbbern, www.gbbern.ch

Spenden

IBAN: CH88 0900 0000 1582 4145 2 **Merci!**

Impressum:

Die Zeitschrift **grün.**
 für Mitglieder und Sympathi-
 sant*innen des Grünen
 Bündnis Stadt Bern erscheint
 viermal jährlich.
 Abo-Preis: 20 Franken.
 Redaktion:
 Lisia Bürgi, Jelena Filipovic,
 Markus Heinzer, Milena
 Geiser, Stefan Dietiker,
 Andi Geu
 Lektorat:
 Christine Michel, Marius
 Christen, Markus Heinzer
 Fotos:
 Judith Schönenberger, Ben
 Zumbühl, Florian Albrecht
 Gestaltung:
 Fritz Bürki
 Druck:
 Bubenberg Druck- und Verlags-
 AG, Bern.

SCHLUSS

Sparen, Steuern senken, Sparen, Steuern senken...



Seraina Patzen und Rahel Ruch,
 Grossrätinnen GB/JA!

Um Widersprüche und Inkohärenzen muss man sich nicht kümmern, wenn man die Diskurshegemonie hat und sich auch medial kaum verteidigen muss. So eines der Learnings nach unserer ersten Budgetdebatte im Grossen Rat. Es war zu hören, der Kanton stehe finanziell gut da. Für die kommenden Jahre hat der Regierungsrat Überschüsse budgetiert. Dieser Spielraum müsse ausgenutzt werden und so bejubelte der Grosse Rat die geplante Steuersenkung, die zu Mindereinnahmen von ca. 100 Mio. jährlich führen wird. Schon im nächsten Satz bestanden die gleichen Redner*innen aber darauf, dass der finanzielle Handlungsspielraum des Kantons eng sei – die zu hoch budgetierten Gewinnausschüttungen der Nationalbank würden ein tiefes Loch in die Kasse reissen. Des-

halb dürfe kein Rappen mehr ausgegeben werden, als der Regierungsrat vorgesehen hatte: Mehr Mittel für die Kinder- und Jugendpsychiatrie: Abgelehnt. Mehr Ausbildungsplätze für Pflegefachpersonen: Abgelehnt. Ein fairer Teuerungsausgleich für das Kantonspersonal: Abgelehnt. Teuerungsausgleich in der so wieso schon tiefen Sozialhilfe: Abgelehnt. Dringend nötige Stellen zur Umsetzung des Klimaziels: Abgelehnt. Die Agenda der Bürgerlichen ist klar: Den Staat so schmal wie möglich sparen, Reiche und Unternehmen hofieren und so für eine Umverteilung von unten nach oben sorgen. Wir sind hochmotiviert, diese unsoziale Politik sichtbar zu machen und zusammen mit den progressiven Städten am Gegenmodell zu bauen.